



Uster, 27. Februar 2023
Nr. 516/2023
V4.04.71

Anfrage 516/2023 von Andrea Grob (FDP) und Benjamin Streit (SVP):

„Kann Uster genügend Wohnraum für Schutzsuchende sicherstellen?“

Jede Gemeinde in der Schweiz ist verpflichtet, eine vorgebene Aufnahmequote für Geflüchtete zu erfüllen. Gewisse Gemeinden bringt eine solch staatlich-bürokratische Auflage in eine schiere Notlage. Am Beispiel Seegräben wird deshalb beispielsweise einem langjährigen Mieter eine Gemeindewohnung gekündigt. In anderen Gemeinden diskutiert man, eigens Wohnungen (auf Staatskosten) zu kaufen, um die Aufnahmequote erfüllen zu können. Ein solches Vorgehen kann grössere gesellschaftlich-soziale Unstimmigkeiten nach sich ziehen.

Wir stellen dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Wie sieht die aktuelle Situation in Uster aus? Stehen genügend Räumlichkeiten für Schutzsuchende zur Verfügung?
2. Wie hoch ist aktuell die Aufnahmequote für Uster? Wie viele fallen aus rechtlichen Gründen in dieser Quote bereits weg, benötigen aber trotzdem Wohnraum? Bitte detailliert Zahlen auflisten.
3. Sollte zu wenig Wohnraum für Schutzsuchende zur Verfügung stehen: Welches Vorgehen plant die Stadt Uster? Beabsichtigt die Stadt Uster - analog der Gemeinde Seegräben - bestehende Mietverträge zu kündigen zugunsten der Unterbringung von Schutzsuchenden? Wenn ja, welche Liegenschaften stünden hier zur Diskussion?
4. Ist ein gleiches Vorgehen - analog der Gemeinde Seegräben - für die Stadt Uster in Zukunft denkbar?
5. Wie ist die aktuelle Lage an der Zelgstrasse? Der Abriss der Häuser steht kurz bevor bzw. Absperrungen sind bereits aufgestellt. Wo werden die aktuellen Schutzsuchenden neu untergebracht?
6. Worst-Case-Szenario: Wie viele Wohnungen hat die Stadt Uster im Extremfall zur Verfügung? Wie vielen Mietenden könnte überhaupt gekündigt werden?
7. Wie steht die Stadt Uster dazu, extra Wohneigentum zu organisieren, um Schutzsuchende aufzunehmen?
8. Hätte die Stadt Uster die Möglichkeit, Räumlichkeiten für Schutzsuchende für eine begrenzte Zeit anzumieten?



9. Gäbe es auch eine Möglichkeit, im Falle eines Unterbringungs-Mangel“ mit anderen Gemeinden Lösungen zu finden?

Uster, 27. Februar 2023

Andrea Grob

Benjamin Streit